

Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. II, S. 629—636 | Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten | 19. September 1919

Der Zusammenschluß der angestellten Chemiker.

Herr Direktor Ed. W. Albrecht fühlt sich veranlaßt, in Nr. 68 dieser Zeitschrift Seite 557 noch einmal das Wort zu ergreifen, um zu erklären, daß meine Ausführungen ihn durchaus nicht zu überzeugen vermochten, wie notwendig ein Zusammenschluß der angestellten Chemiker mit Hochschulbildung sei, ja er erklärt von vornherein, daß er aus keiner der Entgegnungen auf seinen Artikel etwas Neues erfahren habe, ihm auch in keiner ein Irrtum nachgewiesen sei. Wenn es schon an sich bedauerlich ist, daß Herr Direktor Albrecht das tatsächlich für ihn anscheinend Neue in meiner Entgegnung nicht erkannt hat, so könnte dem Bunde angestellter Chemiker und Ingenieure diese Tatsache an sich gleichgültig sein, da Herr Albrecht ja überhaupt als Direktor nicht für die Mitgliedschaft in unserem Bunde in Frage kommen würde. Es ist nur zu besorgen, daß die sachlich falschen Anschauungen, die Herr Direktor Albrecht vertritt, auch unter den angestellten Chemikern die tatsächliche Lage der Dinge entstellen könnten, und deshalb ist es nötig, vor allen Dingen noch einmal ausdrücklich hier festzustellen, daß es ein Irrtum des Herrn Direktor Albrecht ist, wenn er annimmt, der Verein deutscher Chemiker wäre rein formell in der Lage, selbst bei streng paritätischer Zusammensetzung den neutralen Boden zu bilden, auf dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer miteinander verhandeln oder den gewerkschaftlichen Forderungen der Angestellten zur Erfüllung verhelfen könnten.

Nach der Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23./12. 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1654) § 1 können als Vertragsparteien des Tarifvertrages auf Arbeitgeberseite einzelne Arbeitgeber oder eine oder mehrere Vereinigungen von solchen, auf Arbeitnehmerseite nur Vereinigungen auftreten. An den Vereinigungen dürfen nur Arbeitgeber oder nur Arbeitnehmer, nicht aber Personen aus beiden Gruppen beteiligt sein. (Vgl. Kommentar von L. Giesbertz und Dr. F. Sitzler zu der Verordnung über Tarifverträge usw. vom 2./10. 1918, Berlin 1919, S. 13, c.) Aus diesen Ausführungen geht wohl klar genug hervor, daß also der Verein deutscher Chemiker für die Vermittlung derartiger Abkommen praktisch gar nicht in Frage kommt gerade wegen seiner Zusammensetzung aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Kenntnis dieser Tatsache ist meines Erachtens im Laufe der ganzen letzten Monate allen berufstätigen Deutschen schon so in Fleisch und Blut übergegangen, daß es um so mehr wunder nimmt, wenn Herr Direktor Ed. W. Albrecht, der doch sicher in seinem Betriebe auch noch andere Angestellte beschäftigt, mit deren Berufsvertretungen er zu tun hat, von diesen Grundforderungen jener für das ganze Berufsleben eminent wichtigen Verordnung nichts zu wissen scheint.

Herr Direktor Ed. W. Albrecht führt sodann an, daß das Band der alma mater, das in unserem Falle Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam umschlinge, einen wesentlichen Unterschied bei Behandlung der wirtschaftlichen Fragen bei den Chemikern einerseits und bei den Angestellten anderer Berufe andererseits bilde. Schön wäre es ja zweifellos, wenn Herr Direktor Ed. W. Albrecht recht hätte, aber wenn man die Dinge nimmt, wie sie in der Praxis sind, dann will mir eher scheinen, als sei dies Band im Laufe der Zeit zu einer Kette geworden, von welcher der weniger glückliche Teil, der angestellten Chemiker, sich vergeblich zu befreien bemüht hat, um endlich einmal nur den Menschen zu Worte kommen und den Akademiker so lange zurücktreten zu lassen, bis ihm nicht mehr dauernd von der Arbeitgeberseite vorgehalten wird, er müsse zugunsten seines Akademikertums darauf verzichten, dieselben Gehaltsansprüche zu stellen, wie sie beim Arbeiter heute als selbstverständlich angesehen werden. Wenn man es dahin hat kommen lassen, daß das Hungergehalt der Akademiker heute fast sprichwörtlich geworden ist, dann darf man sich auch nicht wundern, wenn die angestellten Akademiker aus Selbsterhaltungstrieb zu den gewerkschaftlichen Mitteln greifen, gerade um nicht hinter den anderen Angestellten zurückstehen zu müssen, nur weil sie Akademiker sind und als solche nicht das Recht haben sollen, auf dieselbe Weise wie die anderen Angestelltenkategorien ihren berechtigten Forderungen Gehör zu verschaffen.

Aber noch einen anderen Grund für die Berechtigung und Notwendigkeit gerade der gewerkschaftlichen Organisation der angestellten Chemiker möchte ich Herrn Direktor Ed. W. Albrecht darlegen, der ebenfalls beweist, welche außerordentliche Bedeutung der Bund angestellter Chemiker und Ingenieure für die gesamte Neugestaltung des Wirtschaftslebens besitzt, soweit es sich, was hier

ja am meisten interessiert, um die chemische Industrie handelt, und zwar denke ich dabei an die Mitwirkung des Bundes in den Arbeitsgemeinschaften, die paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt sind. Diese Arbeitsgemeinschaften werden in der Hauptsache als nächste Aufgabe der Zukunft den Aufbau und die Reorganisation unserer Erzeugung und unseres Handels haben, und deshalb ist es nicht nur das gute Recht, sondern auch die Pflicht gerade des akademischen Chemikers, an seinem Platze mitzuraten und mitzutaten. Diese Arbeitsgemeinschaften lassen nun satzungsgemäß nur reine Arbeitgeberverbände auf der einen und Arbeitnehmerverbände auf der anderen Seite zu. Soll nun beispielsweise der angestellte akademische Chemiker und Ingenieur von der Mitarbeit an einer Sache, die ihm unter Umständen an den Lebensnerv geht, ausgeschlossen bleiben, einerseits weil er es mit seiner Akademikerpürde nicht vereinigen zu können glaubt, durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß sich das Recht auf die Zulassung und Hinzuziehung zu einer solchen Arbeitsgemeinschaft zu sichern, und weil andererseits der Verein deutscher Chemiker als paritätischer Verein nicht in der Lage sein kann, selbst wenn er wollte, die Interessen der angestellten Chemiker, über die in dieser Arbeitsgemeinschaft mit entschieden wird, auch wenn kein einziger angestellter Chemiker mit Hochschulbildung mit darin sitzt, dort selbst zu vertreten? Wäre eine derartige Selbstauswahl nicht ebenso töricht wie unakademisch? Zur Zeit sitzen dort, wo auch die angestellten akademischen Chemiker sitzen müßten, nur Arbeiter und beschließen endgültig auch über Dinge, welche den Akademiker mindestens ebenso angehen wie den Arbeiter. Wer konnte dagegen bisher Einspruch erheben, wenn nicht die betroffenen angestellten Akademiker selber und zwar nur in ihrer geschlossenen Masse? Ferner möchte ich Herrn Direktor Ed. W. Albrecht noch auf etwas anderes aufmerksam machen. Wie wird es werden, wenn das zur Tatsache wird, was eine Partei der Nationalversammlung nach zuverlässigen Mitteilungen durchzusetzen versuchen will, wenn nämlich in das kommende Betriebsratengesetz die Forderung aufgenommen werden sollte, daß diejenigen Angestellten, die in den Betriebsrat gewählt werden sollten, Angehörige einer Gewerkschaft sein müßten. Sollte der angestellte akademische Chemiker nur deshalb seine passive Wahlfähigkeit von vornherein einbüßen, weil er es verschmäht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, ja weil, wenn es nach Herrn Direktor Ed. W. Albrecht ginge, eine gewerkschaftliche Organisation der akademischen Chemiker überhaupt nicht vorhanden wäre, so daß dann besonders in den großen Werken der organisierte Kaufmann oder Techniker über das Wohl und Wehe des akademischen Chemikers und Ingenieurs einzig und allein entscheiden würde? Auch hier könnte der Verein deutscher Chemiker beim besten Willen nicht helfen.

Ich glaube, diese wenigen Beispiele, denen noch zahlreiche andere angeereiht werden könnten, genügen, um zu zeigen, daß die Probleme, die Herr Direktor Ed. W. Albrecht so einfach abtun zu können glaubt, durchaus schwieriger zu lösen sind, und daß die einzige Lösung überhaupt eben nur im gewerkschaftlichen Zusammenschluß der angestellten akademischen Chemiker, und zwar sämtlicher, nicht nur der höheren und leitenden, gefunden werden könnte. Schon deshalb mußte der Bund angestellter Chemiker und Ingenieure gegründet werden, und man kann ihn nicht einfach hinwegdiskutieren wollen, wie Herr Direktor Ed. W. Albrecht es tun möchte. Dazu ist diese Frage wirklich zu ernst und bedeutungsvoll.

Kurt Milde,

Geschäftsführer des Bundes angestellter Chemiker u. Ingenieure.

Keine Verlängerung der deutschen Patente?

Eine Berichtigung von Patentanwalt L. MAX WOHLGEMUTH, Berlin.

In dem so benannten Leitartikel des Hefes 71, S. 53, hatte ich für meine Ausführungen im ersten Teile, soweit sie sich auf den Artikel 307, Absatz 3, des Versailler Vertrages bezogen, als Grundlage die „amtliche Übersetzung des Auswärtigen Amtes“ genommen, wie sie — mit dieser ausdrücklichen Bezeichnung — in Nr. 5/6 der „Mitteilungen vom Verbands deutscher Patentanwälte“ (auf S. 36) abgedruckt war. Inzwischen ist der genaue Wortlaut des am 28./6. 1919 unterzeichneten „Friedensvertrages“ im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden, und ich habe jene frühere „amtliche Übersetzung des Auswärtigen Amtes“ mit dem französischen, englischen und deutschen Wortlaute des unter-

zeichneten Vertrages verglichen. Meine Auslegung von Artikel 307, Absatz 3, läßt sich nun nicht mehr aufrechterhalten, da der endgültige Wortlaut jeden Zweifel ausschließt, der nach der von mir benutzten „amtlichen Übersetzung des Auswärtigen Amtes“ berechtigt war. Im französischen Texte lautet der vom Auswärtigen Amte mit „Ausnützung“ übersetzte Ausdruck „mise en exploitation“ (im englischen Texte „working“), und er ist auch sachgemäß im deutschen Texte des unterzeichneten Vertrages durch „Ausübung“ wiedergegeben. Dies kann selbstredend nur die Ausübungsfrist betreffen, wie sie in § 11 unseres Patentgesetzes für eine Zwangslizenz oder Zurücknahme des Patentes in Frage kommt; im Gesetze wird von der „Benutzung“ oder „Ausführung“ der Erfindung gesprochen. Weiter ist in der amtlichen Übersetzung des Auswärtigen Amtes noch eine Unklarheit vorhanden, die mich in meiner Auffassung des Begriffes „Ausnützung“ bestärkte, indem gesagt ist: „... und es wird ferner bestimmt, daß...“. In der Fassung des unterzeichneten Vertrages lautet diese Stelle: „...; auch wird vereinbart, daß...“. Es handelt sich also nicht um eine „weitere Bestimmung“, sondern um eine, die vorstehenden Bestimmungen erläuternde „Vereinbarung“. Die übrigen Ausführungen im 2. und 3. Teile des Artikels werden jedoch durch diese Feststellung nicht beeinflusst.

Wochenschau.

5./9. 1919. Die Entente hat bekanntlich auf die Hälfte der ihr nach dem Friedensvertrage zustehenden Menge Kohlen im ersten Jahr verzichtet, was für uns sicher eine wesentliche Erleichterung in unseren wirtschaftlichen Nöten bedeutet, nach einer Meldung der „Badischen Volkszeitung“ aber beschlossen, bei Beginn des Jahres 1920 eine Note uns zustellen zu lassen, wonach die Zufuhr von Lebensmitteln gesperrt werden soll, falls bis zum 31./12. d. J. die vorgesehenen Mengen nicht geliefert werden. In diesem Falle fordert sie ferner von uns die Einführung des neunstündigen Arbeitstages im Bergbau und besetzt die wichtigsten Kohlengruben. Ohne die Frage der Kohlenversorgung, die in der letzten Zeit nun bis zum Überdruß in der Öffentlichkeit erörtert worden ist, noch einmal anschneiden zu wollen, können alle an der Kohlenherzeugung beteiligten Faktoren an dieser Meldung, der bisher nicht widersprochen worden ist, erkennen, in welcher furchtbarer Gefahr wir uns befinden, falls es nicht gelingt, größere Leistungen aus dem Kohlenbergbau herauszuholen. Wohin wir blicken, drückt die kommende Kohlennot unserer Wirtschaft den Stempel auf, sei es Landwirtschaft, Eisen- und Stahlindustrie oder das chemische Großgewerbe. Aller politischer Streit muß ruhen, um Kräfte für Erhaltung unserer schwer bedrohten Wirtschaft zu sammeln. Geschieht das nicht, dann werden die letzten Dinge schlimmer als die ersten sein. Werden die politischen Leidenschaften in den Verhandlungen der parlamentarischen Körperschaften in der nächsten Zeit etwas gelähmt, so wird das unstreitig zur Beruhigung der Bevölkerung und zur Kräftigung des Arbeitswillens beitragen. Gegenüber der möglicherweise zu erwartenden Forderung der Entente haben die Arbeitervertreter im Kohlenbergbau bekanntlich die Einführung der Sechstundenschicht bis zum 20./2. 1920 verlangt. Wenn sonst die Nervosität auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet auch etwas nachgelassen hat, so könnte ein solcher Gegensatz zwischen der Drohung der Entente und der Forderung der Bergarbeiter in nicht zu ferner Zeit zu unserm vollständigen Untergang führen. Würde die Entente vor einer Besetzung des Ruhrkohlengebietes nicht zurückschrecken, so wäre unser Schicksal nach den Vorgängen im Saargebiet nicht zweifelhaft. Das Beispiel des Burgfriedens während des Krieges sollte für die Parteien jetzt das letzte Mittel sein, alles zu tun, eine Sammlung unserer wirtschaftlichen Kräfte und Steigerung unserer Leistungsfähigkeit vorzubereiten. Die Gelegenheit hierzu ist nicht ungünstig, die durch neue Parteikämpfe jedenfalls aufs neue zerstört wird.

Aus der Steigerung des Versandes von Brennstoffen während der Berichtswoche darf nicht auf Besserung unserer wirtschaftlichen Lage geschlossen werden. Das wäre ein Trugschluß, der sich rächen würde. Nur unter dem Einfluß der von der Eisenbahnverwaltung über das Kohlenrevier verhängten Gütersperre und durch Inanspruchnahme der Lagerbestände auf den Zeehen war die Steigerung des Versandes möglich und nicht etwa eine Folge gesteigerter Erzeugung. Die Gütersperre kann naturgemäß nicht dauernd aufrechterhalten werden, zumal der Beginn der Kartoffel- und Rübenenernte in einigen Wochen bevorsteht. Der Versand zur Strecke wie auf dem Wasserwege nahm merklich zu, obwohl der ungünstige Wasserstand gerade im Laufe der Berichtswoche manche Schwierigkeiten bereitete.

An den inneren Verhältnissen im Stahlwerksverbande hat sich in dieser Woche nichts geändert, wie ja auch nicht zu erwarten ist, daß zwei so gewaltige Gegner einer Verlängerung des Verbandes, wie es die Rheinischen Stahlwerke und die von Stinnes kontrollierte Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Akt.-Ges. sind,

so leicht ihren Standpunkt aufgeben werden. Schon vor längerer Zeit wurden allerhand Verschmelzungspläne in der Schwerindustrie erörtert, als der Übergang der Maschinenfabrik Haniel und Lueg in Düsseldorf-Gräfenberg an die Gutehoffnungshütte in Oberhausen bekannt wurde. Diesem Vorgang wurde entschieden zu viel Gewicht beigelegt, da es sich lediglich um die Zusammenlegung zweier im Besitz der nämlichen Familie befindlicher Unternehmungen handelt. Die jetzige Zeit ist zu Verschmelzungen in der Tat wenig geeignet, wie aus der Abneigung in Bankkreisen gegen solche Pläne übrigens auch hervorgeht. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat hält am 8./9. eine Versammlung ab, in welcher über den Ausgleichsfonds Beschluß gefaßt werden soll, in den bekanntlich die Hälfte der am 16./6. vorgenommenen Preiserhöhung fließt und der zur Stützung geldschwacher Betriebe dient. Frühere Beratungen über Verwendung des Ausgleichsfonds führten zu keinem Ergebnis. Am 15./9. findet abermals eine Versammlung statt, in welcher es sich darum handelt, sich den Ausführungsbestimmungen zum Kohlenwirtschaftsgesetz anzupassen. Aus der chemischen Industrie lagen Meldungen über wesentliche Veränderungen aus der Berichtswoche nicht vor. Das Geschäft war im großen und ganzen wenig belebt, die Nachfrage der Käufer ließ zu wünschen übrig, und die Preise der meisten Erzeugnisse neigten nach unten. Bei der noch immer herrschenden Unklarheit hinsichtlich der Einfuhr aus dem Auslande überhaupt, welche die verschiedenen Kriegsgesellschaften nach wie vor scharf überwachen, und des Verkehrs aus dem besetzten nach dem unbesetzten Gebiet drängt alles zu abwartender Haltung, abgesehen davon, daß aber auch der schlechte Stand der Papiermark im Auslande zu geschäftlichen Unternehmungen größeren Stils nicht rät.

Die Beschaffung von Brotgetreide ist etwas ins Stocken geraten, woraus gewisse Kreise nun auch gleich den Zusammenbruch der Getreidewirtschaft glauben herleiten zu müssen. Wenn alle Kreise ihre Pflicht tun, kann uns kein Zusammenbruch drohen, aber damit sieht es an allen Ecken und Enden schlecht aus. Nach der Freigabe des Geschäftes mit Hafer verlegten sich die Erzeuger ganz auf dessen Ausbruch, um von den zum Teil im Schleichhandel entstandenen Preisen tunlichst Nutzen zu ziehen, weshalb der Ausbruch von Brotgetreide, weil Frühdurschprämien nicht bewilligt worden waren, zurückgestellt wurde. Jetzt hat sich die Regierung zur Bewilligung von Frühdurschprämien entschließen müssen, um den notleidenden Bezirken wieder Brotkorn in größeren Mengen zuzuführen, gleichzeitig aber ein Druschverbot für Hafer erlassen, das zunächst bis zum 15./10. d. J. gilt. Solche schwankenden Entschlüsse, wie die Regierung sie in diesem Falle gefaßt hat, sind allerdings nicht geeignet, unserer Ernährungswirtschaft mit Vertrauen zu begegnen. Hier hätten die Parteien in der Nationalversammlung Gelegenheit, den Hebel zu bessernden Taten anzusetzen, statt sich aus politischen Gründen zu befähigen. Hauptsächlich aber sehen wir in den Vorgängen auf dem Gebiete der Getreidebewirtschaftung, daß der Abbau der Zwangswirtschaft ein schwieriges Problem ist, das uns noch manche Kopfschmerzen verursachen wird, so sehr auch dem legitimen Handel geholfen werden muß.

Die Stimmung gewisser Börsenkreise war schon seit einiger Zeit und namentlich im Laufe der Woche sehr zuversichtlich, als wenn unserem wirtschaftlichen Leben irgendwelche Gefahren nicht mehr drohten und der tiefste Punkt längst überwunden sei. Vor solcher Auffassung möchten wir denn doch warnen, da wir weit davon entfernt sind, wieder geordnete Verhältnisse zu besitzen. Typisch für unsere schlechte wirtschaftliche Lage ist die Tatsache großer Zementankäufe in der Schweiz, obwohl in der Vorkriegszeit unsere Zementfabriken das Mehrfache unseres Bedarfes zu liefern vermochten. Der Mangel an Kohlen macht es den deutschen Fabriken eben unmöglich, den Bedarf bei uns zu decken, so daß wir solchen da zu befriedigen suchen, wo sich hierfür uns eben Gelegenheit bietet. Bei dem schlechten Stande unserer Valuta kostet uns der aus der Schweiz kommende Zement naturgemäß ein gutes Stück Geld. Im Laufe der Woche verschlechterte der Kursstand der Papiermark im Auslande sich wiederum etwas, wogegen allgemein angenommen wurde, daß nach der Aufgabe des Planes der Abstempelung der deutschen Banknoten mit raschem Wiederaufstieg gerechnet werden könnte. Leider haben sich diese Hoffnungen als trügerisch erwiesen. Die Kurse einzelner Auslandswerte bewegten sich stürmisch aufwärts. Auch das Interesse an inländischen Industrieaktien nahm in letzten Tagen zu, wovon einzelne ansehnliche Steigerungen erfuhr. An der gestrigen Börse notierten Anilin Treptow 336,75, Anglo-Kontinentale Guanowerke 179, Aschaffenburg Zellstoff 185, Badische Anilin- und Soda 327,25, Bayr. Celluloid 148, Chem. Fabrik Griesheim 191, Grünau 142,12, Heyden 212,50, Milch 266, Weiler 187, Gelsenkirchen 172,37, Albert 315,50, Egestorf Salz 141,50, Elberfelder Farbenfabriken 287,50, Fröbeln. Zuckerfabrik 236, Gerbst. Renner 290, Goldschmidt Essen 235, Höchster Farbwerke 292,37, Ölfabrik Großgerau 124, Rasquin Farben 315, Rütgerswerke 155,25, Thöl. Ölfabriken 210, Union Chem. Stettin 159,75 und Zellstofffabrik Waldhof 169%.

L.**

Gesetzgebung.**(Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.)**

Vereinigte Staaten. Einfuhrerlaubnis für Farbstoffe. Aus Washington meldet Reuter: Das Kriegshandelsamt der Vereinigten Staaten hat eine Verfügung erlassen, nach der die Einfuhr von Farbstoffen für die amerikanischen Fabriken für die Zeit von 6 Monaten erlaubt ist. *dn.*

Japan. Aufhebung der Ausfuhrverbote. Das Verbot der Ausfuhr von Rohgummi, Gummiwaren, Kopra, Cocosöl, Wolframerzen, Zinnerzen, Chilesalpeter, Nickelerzen, Nickel und Manganerzen ist aufgehoben. („De Indische Mercuur“ vom 22./8. 1919.) *on.*

Niederländisch-Indien. Steuerauf Javazucker. Nach Vereinbarung der niederländisch-indischen Regierung mit den Vereinigten Indischen Zuckerezeugern soll auf die 1919er Zuckerernte eine Kriegsgewinnsteuer von 30% und außerdem eine besondere Steuer von 0,50—1 Gld. je Picol erhoben werden. Für die 1920er Zuckerernte soll ein Ausfuhrzoll von 4—5 Gld. je Picol erhoben werden. Man rechnet hierbei mit einem Steuerbetrag von 100 Mill. Gld. Für die 1920er Ernte soll keine Kriegsgewinnsteuer in Anwendung kommen. („Nachrichten“ 60, 1919.) *on.*

Frankreich. Ausfuhrverbot. Ein französisches Dekret vom 30./8. verbietet die Ausfuhr folgender Waren: Organische Fette, Reis, Melassen, Stärkezucker, Thomasschlacke, Ammoniumsulfate, Schwefel- und Kalknitrate, Calcium-Cyanverbindungen, Kalksuperphosphate, chemische Fette, Stärkemehl, Mais und anderes. Die Ausfuhr obengenannter Waren ist nur mit einer vom Finanzministerium auszustellenden Ausfuhrbewilligung gestattet. („N.Z.Z.“ vom 31./8. 1919.) *dn.*

— Durchfuhrerleichterungen. Der französische Zolldienst hat Weisung erhalten, für die zur Durchfuhr durch Frankreich bestimmten Warensendungen keine Ursprungszeugnisse, Verifikationszeugnisse oder Versicherungsatteste mehr zu verlangen. („Schweiz. Handelsbl.“ vom 25./8. 1919.) *on.*

Belgien. Bestimmungen für die Einfuhr. Für alle Waren, die aus der Schweiz, Luxemburg, Holland, Spanien, Dänemark, Schweden, Norwegen, der Tschecho-Slowakei, Polen, Deutsch-Österreich eingeführt werden, sind Ursprungszeugnisse beizubringen. Für den Durchgangsverkehr unter Zollverschluß werden Ursprungszeugnisse nicht benötigt. Waren, die nicht mehr als 25% deutsches Material oder Arbeitswert besitzen, werden nicht als deutschen Ursprungs betrachtet. Danach ist der zulässige Prozentsatz von 5 auf 25% erhöht worden. Nach obiger Aufzählung wird die Einfuhr aus Deutsch-Österreich der aus neutralen und verbündeten Ländern gleichgestellt. („Moniteur Belge“ vom 9./8. 1919.) *ar.*

Niederlande. Einfuhrkontrolle für Fette und Öle. „Algemeen Handelsblad“ vom 30./8. zufolge hat der Landwirtschaftsminister bekannt gemacht, daß nun, nachdem durch Aufhebung des „Nederlandsche Overzee Trust“ die Kontrolle dieser Gesellschaft über Ein- und Ausfuhr von Fetten, Ölen und Ölsaaten weggefallen ist, im Anschluß an die Abteilung für Volksernährung des Landwirtschaftsministeriums ein Büro unter der Bezeichnung „Invoercontrole op vetten, oliën en Oliehoudende zaden“, kurzweg „Ivo“ genannt, vom 1./9. ab die Kontrolle über Bestand, Ein- und Ausfuhr usw. ausüben wird. *dn.*

Tschechoslowakischer Staat. Die tschechoslowakische Regierung gab für die Ausfuhr nach Polen folgende Artikel frei: Rohstoffe, Kohlen, Koks, Sand, Pottasche, Borax, Cellulose, technische und elektrotechnische Bedarfsartikel, Metallwaren, wie z. B. Feilen, landwirtschaftliche Maschinen und anderes Gerät. Außerdem optische Gläser, meteorologische Instrumente, photographische Artikel und Apothekerwaren. („Kresowy Kurjer, Polski“ vom 22./8. 1919.) *ar.*

Rußland. Wareneinfuhr nach Estland. Laut Verfügung der estnischen Regierung vom 15./8. ist die Einfuhr folgender Waren ohne vorherige Genehmigung gestattet: Eisen, Stahl, Nägel, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Maschinen aller Art für industrielle Zwecke, Zucker, Salz, Brennöl, Schmieröl, Petroleum, Benzin, Naphtha, Masut, Steinkohlen, Juchtenleder, Düngemittel für Gras- und Gemüsesaaten, Woll-, Baumwoll- und Leinengewebe. („Wosroshdenie“ vom 29./8. 1919.) *dn.*

Wirtschaftsstatistik.

Amerikanische und britische Kohle. Der Berichterstatte der „Times“ hat in New York kürzlich einen Vergleich der amerikanischen mit der britischen Kohlenaufuhr angestellt. Danach stehen die Vereinigten Staaten nunmehr an zweiter Stelle auf der Liste der Kohlen ausführenden Länder. Großbritannien's Kohlenaufuhr ist von 73 400 000 t im Jahre 1913 auf 37 Mill. t im verfloßenen Fiskaljahr gesunken, während die Kohlenaufuhr der Vereinigten Staaten von etwas über 19 Mill. t im Jahre 1914 auf fast 26 Mill. t im Fiskaljahr 1918 gestiegen ist. Selbst bei einer Förderungsverminderung

infolge Rückwanderung von Arbeitern nach Europa wird die Kohलगewinnung der Vereinigten Staaten im laufenden Jahre diejenige Großbritanniens um das Dreifache übersteigen und vier- bis fünfmal so groß sein als die Erzeugung irgendeines anderen Landes der Welt. Ungefähr die Hälfte der Kohलगewinnung in den Vereinigten Staaten wird auf maschinellen Wege erzielt, während in Großbritannien nur etwa ein Fünftel mit Maschinen gewonnen wird. Die Anzeichen sprechen dafür, daß die Vereinigten Staaten mit der Zeit das wichtigste Land für die Ausfuhr von Kohlen werden. („Algemeen Handelsblad“ vom 22./8. 1919.) *ar.*

Die Mineraliengewinnung in Californien. Das „State Mining Bureau“ veröffentlicht folgende Zahlen über den Wert der Mineraliengewinnung in Californien im Jahre 1918:

Gold	17 250 000 Doll.
Silber	1 450 000 „
Kupfer	12 000 000 „
Blei	1 100 000 „
Zink	375 000 „
Quecksilber	2 310 000 „
Antimon, Eisen und Platin	90 000 „
Chromite	2 000 000 „
Mangan und Magnesium	2 025 000 „
Salze (Borax, Soda, Pottasche)	12 000 000 „
Verschiedene Mineralien	17 500 000 „
Zusammen	191 100 000 Doll.

Ganz wenig abweichend sind die Ergebnisse der „United States Geological Survey“. Dieses statistische Bureau veröffentlicht auch noch die Vergleichszahlen vom Jahre 1917. Während in Californien 1917 erheblich mehr Gold ausgebeutet wurde als im Jahre 1918, sind die Zahlen von den Staaten Nevada und Utah für die beiden letzten Jahre ungefähr dieselben. („Weltmarkt“ Nr. 23, vom 11./8. 1919.) *Gr.*

Perus Mineralindustrie hat nach einer Broschüre des Generalkonsuls in Madrid in den Jahren 1915—1917 folgende Entwicklung genommen (Gewinnung in t):

	1915	1916	1917
Kohle	290 743	319 063	353 595
Erdöl	343 838	345 758	347 092
Kupfer	34 727	43 078	45 176
Blei	2 696	2 038	1 272
Zink	19	13	—
Vanadium	3 145	3 448	4 083
Wolfram	375	523	406
Antimon	522	1 876	902
Borate	510	1 289	800
Salz	25 729	26 066	27 073
Schwefel	—	50	151
		in kg	
Gold	1 690	1 907	1 887
Silber	294 425	335 529	337 928
Quecksilber	920	2 101	1 500
Molybdän	2 740	5 912	7 017

Einschließlich der mineralischen Wässer betrug der Wert der mineralischen Erzeugung des Landes im Jahre 1917 9 234 160 peruanische L gegen 8 656 178 L im Jahre 1916 und 5 929 845 L im Jahre 1915. Von größeren Gesellschaften hat die erst jüngst gegründete „Compania Francesca de Huaron“ bedeutende Mengen von Kupfer ausgeführt; die Gesellschaft „Cerro de Paco Copper Corporation“ beabsichtigt in Oroya die Errichtung eines Werkes mit einer Verarbeitungsmöglichkeit von 4000 t täglich. In den Provinzen Pallasca, Huaylas und Yungay wurden umfangreiche Kohlenlager in einer Dicke von 80 m und einer Ausdehnung von 150 qkm festgestellt. Man rechnet mit einer Gewinnung von 150 Mill. t Anthrazit von guter Beschaffenheit und 7600—7700 Kalorien Gehalt. Außerdem wurden in derselben Gegend ebenso reiche Kupfer- und Wolfram-lager festgestellt. Um die Erdölindustrie zu fördern, hat die Regierung eine besondere Stelle eingerichtet. („El Financiero“ vom 1./8. 1919.) *Gr.*

Stehende Erzeugung von Rohrzucker auf Cuba (s. S. 118). Vom Beginn der Zuckerrohrernte im Dezember 1918 bis Mitte Juni 1919 sind auf Cuba über 64 Mill. Zentner Rohrzucker erzeugt worden gegen 57 und 54 Mill. Zentner in dem entsprechenden Zeitraum der beiden Vorjahre. Danach ist kaum noch daran zu zweifeln, daß sich die Gesamterzeugung auf mehr als 80 Mill. Zentner belaufen wird. In den beiden vorangegangenen Betriebsjahren betrug die gesamte Erzeugung Cubas rund 70 und 60 Mill. Zentner. Der Überschuß ist also so umfangreich, daß cubanischer Rohrzucker, in den Vereinigten Staaten raffiniert, demnächst in Deutschland zur Einfuhr kommen dürfte. (D. Allgem. Z.) *ar.*

Übersichtsberichte.

Entwicklung der canadischen Holzmasseindustrie. Ein Bericht des schwedischen Generalkonsulats in Montreal beschäftigt sich mit der Entwicklung der Papier- und Holzmasseindustrie Canadas und be-

tont, daß die canadische Konkurrenz sich immer mehr auf dem europäischen Markte geltend machen werde. Am günstigsten hat sich die Holzmasse- und Papierindustrie entwickelt. Die hohen Frachten haben bisher noch die Ausfuhr von Holzschliff aus Canada nach Europa verhindert, mit Zunahme der Ausfuhr wird aber zu rechnen sein, sobald wieder normale Verhältnisse auf dem Frachtenmarkt herrschen. Besondere Bedeutung erhält die Ausfuhr von Holzschliff nach Europa, sofern Großbritannien tatsächlich eine Vorzugszollpolitik einschlagen sollte. Das im Verlauf des Krieges erlassene schwedische Ausfuhrverbot für Zellstoff hatte zur Folge, daß fortan Zellstoff von Canada nach Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika geliefert wird. Es ist nur eine Frage der Zeit, daß Canada den Holzmassemarkt der Vereinigten Staaten ganz und gar beherrscht, zumal die Qualität der canadischen Erzeugnisse sich gebessert hat. Verschiedene Papiermassefabriken wurden in der letzten Zeit in British Columbia errichtet; ihre Ausfuhr geht nach China, Japan, Australien und Neuseeland. Die ausgedehnten Wäldungen in British Columbia liefern ungeheure Mengen Holz, das für die Holzmasseindustrie besonders geeignet ist, und der reichliche Vorrat an Wasserkraften und Kohlen verbürgt eine günstige Entwicklung der canadischen Industrie. Im Hinblick auf die Bedeutung, die die Entwicklung der canadischen Holzmasseindustrie für Schweden hat, empfiehlt der schwedische Generalkonsul, die schwedischen Interessen durch einen der schwedischen Gesandtschaft in Washington und dem Generalkonsulat in Montreal zugeteilten Fachmann auf dem laufenden zu halten. Die Kosten hätte die schwedische Zellstoff- und Papierindustrie oder die schwedische Regierung zu tragen. („Svenska Handels-Tidningen“ vom 29./7. 1919.) II.

Die algerischen Phosphate und die französische Landwirtschaft. Die Senatoren Brager und de la Ville-Moysan führten in einer Interpellation über den Transport der für die französische Herbstsaat notwendigen Phosphate von Algerien nach Frankreich folgendes aus: Im Jahre 1913 war der gedeckte Bedarf der französischen Landwirtschaft 360 000 t dieses Düngemittels; von 1915—1918 dagegen überstieg die verfügbare Menge an Phosphaten nicht 125 000 t jährlich. Phosphate fehlen dem französischen Boden am meisten. Eine enorme Verminderung des Ernteertrages wurde dadurch bewirkt. Der Durchschnittsertrag je ha Weizenboden fiel von 13 dz auf 8 dz; ähnlich verhält es sich mit den anderen Getreidearten. Notwendig sind monatlich 80 000 t Phosphat; zur Verfügung stehen nur 20 000 t. Jedoch sind Abschlüsse bereits erfolgt, die den Bezug von 700 000 t Phosphat aus Algerien sicherstellen. Bezahl wird jetzt 32 Fr je 100 kg, vor dem Krieg 6 Fr. Die Hauptschwierigkeit liegt in dem Mangel an Schiffsraum. Der Transport dieser 700 000 t Phosphat von Algerien nach Frankreich ist jedoch sichergestellt. Um dem Mangel an Schiffsraum abzuwehren, sind Schiffsneubauten im Betrage von 500 000 t vom Staat und im Betrage von 1 015 000 t von den Reedereien in Auftrag gegeben; damit wird der Friedensstand der französischen Handelsflotte ungefähr wieder erreicht. Völlige Abhilfe wird jedoch erst eine französische Gesamthandelsflotte von 5 Mill. t bringen. („L'Action Française“ und „Le Radical“ vom 25./7. 1919.) on.

Die Lage in calcinierter Soda, Krystallsoda, Ätznatron, Ätzkali und Pottasche ist nach wie vor eine außerordentlich schwierige. Die Erzeugung deckt nur einen Bruchteil der von den Verbrauchern verlangten Mengen. Eine Aufhebung der Bewirtschaftung ist unter diesen Umständen zur Zeit noch nicht möglich. Die in der Bekanntmachung der Zentralstelle für Ätzalkalien und Soda vom 31./10. 1918 zusammengefaßten Bestimmungen, nach denen Absatz und Verbrauch von Ätzalkalien, Soda und Pottasche an die Genehmigung der Zentralstelle gebunden ist, haben nach wie vor volle Gültigkeit. Lediglich für das besetzte Gebiet sind diese Bestimmungen zur Zeit insoweit aufgehoben, als Erzeugern und Händlern gestattet ist, an dort ansässige zuverlässige Verbraucher die Ware bezugscheinfrei im Rahmen der früher an diese erfolgten Zuteilungen abzusetzen. Verbraucher im besetzten Gebiet dürfen so bezogene Ware ohne besondere Genehmigung verbrauchen. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß calcinierte Soda, Krystallsoda, Ätznatron, Ätzkali und Pottasche innerhalb des unbesetzten Gebietes von der Bewirtschaftung restlos erfaßt sind. Ware, die aus dem besetzten Gebiet ins unbesetzte Gebiet gebracht wird, nimmt keine Ausnahmestellung ein. Auch diese darf nur gemäß den Bestimmungen der Zentralstelle weiterabgesetzt und verbraucht werden. Verkehrsfreie Ware gibt es nicht. Die Angebote derartiger Ware, die in letzter Zeit häufiger zu beobachten sind, entstammen durchweg dem Schleichhandel. Wer derartige als „verkehrsfrei“ bezeichnete Ware absetzt und verbraucht, macht sich strafbar. Gegen den Schleichhandel wird im Interesse der Allgemeinheit rücksichtslos vorgegangen. Die anerkannten Sodaverbraucher und der legitime Handel werden im eigenen Interesse gebeten, die diesbezüglichen Bestrebungen durch geeignete Meldungen an die Zentralstelle für Ätzalkalien und Soda, Berlin W 9, Eichhornstraße 4 II, zu unterstützen. Die dem Schleichhandel wieder entriszene Ware wird auf schnellstem Wege dem anerkannten Verbrauch zugeführt. Durch die Einstellung der Zuteilung im besetzten Gebiet haben sich insoweit Mißstände herausgebildet, als es vielen der dort ansässigen Verbraucher nicht möglich war,

ihren Bedarf zu handelsüblichen Preisen aus dem freien Handel zu decken. Andererseits sind große Mengen der dort vorhandenen Soda usw. dem Schleichhandel zugeführt worden. Zur Sicherstellung des Bedarfs der Verbraucher des besetzten Gebiets und zwecks Erfassung der dem Schleichhandel jetzt zufließenden Ware werden geeignete Maßnahmen ergriffen werden. (Reichsarbeitsgemeinschaft für Chemie.) on.

Marktberichte.

Antwerpener Kupfermarkt. Der Korrespondent des „Vaterland“ vom 26./8. berichtet aus Antwerpen, es bestände die Hoffnung, daß Antwerpen den im Jahre 1913 aufgegebenen Kupfermarkt wieder erlange. Beträchtliche Kupferladungen sollen nach Antwerpen unterwegs sein und ein Konsortium soll die deutschen Entsicherungswerke in Hoboken (Antwerpen) zur Bearbeitung von Kupfererzen angekauft haben. Der Korrespondent berichtet außerdem, daß in einigen Monaten einige deutsche Frachtschiffe wieder in Antwerpen anlegen sollen. („Nachrichten“ 56, 1919.) dn.

Kohlenpreise in Frankreich. Eine ministerielle Verordnung betr. die Mines de Blanzy bei Le Creuzot erhöht die Preise für Kohlen, die aus diesen Bergwerken gefördert werden, von 53,50 Fr. auf 81,50 Fr. ab Förderstelle, die Briкетpreise auf 94 Fr. und die für Koks auf 102,75 Fr. („Information“ vom 28./8. 1919.) on.

Der Kohlenbergarbeiterstreik in Yorkshire hat für die Erzeugung von Kohlenteerprodukten erhebliche Folgen gehabt, und es wird einige Zeit dauern, ehe der Ausfall ausgeglichen ist. Einstweilen aber sind die Preise höher bei im allgemeinen guter Nachfrage. Besonders viel besser ist sie in bezug auf Carbonsäure, für die jetzt in rohem Zustande 20 pence für die Gallone und in kristallisiertem Zustande bis zu 10 pence für das lb. erzielt werden. Pech ist sehr fest beim Preise von 75 sh. in London, 64 sh. an der Ostküste, 56 sh. in Manchester und Liverpool und 62½ sh. in Clyde. Teer 42 sh. die t. Reines Toluol und Benzol stehen auf etwa 2 sh. 9 d für die Gallone, Creosot auf 7 pence für die Gallone, Solvent naphtha auf 27 pence, schweres Naphtha auf 29 pence und Rohnaptha auf 9 pence für die Gallone. Raffiniertes Naphthalin bringt 17, rohes 4½ Pfd. Sterl. für die t. Anthracen 7½ pence für die Einheit je cwt. Anilinöl 14 pence für das lb. Auf dem Ammoniumsulfatmarkt keine Änderung. („Economist“ vom 30./8. 1919.) Ec.*

Vom Terpentingöl- und Harzmarkt (3./9. 1919). Die Veränderungen in den Preisen für Terpentingöl und Harz an den amerikanischen Märkten in den verfloßenen vier Wochen haben alle Erwartungen übertroffen, obwohl schon in unserem Bericht in Nr. 65 ganz unerhörte Preiserhöhungen zu verzeichnen waren. Unsere Abhängigkeit von Nordamerika und England tritt in diesen Preisen so recht in die Erscheinung, die gewiß alle Veranlassung böten, mit allen Mitteln die Herstellung und Verwendung von Ersatzmitteln auszubauen, zumal die Gefahr vorliegt, daß die Nachfrage für europäische Rechnung die Preise im Laufe der Zeit weiter verteuern wird. Uns will es scheinen, als wenn Nordamerika und England in der Versorgung des festländischen Marktes sich die Hand gereicht haben, wofür die Tatsache spricht, daß trotz der wesentlich zugenommenen Vorräte von Terpentingöl in England die Preise dort die gleiche Richtung wie in Nordamerika eingeschlagen haben. Mangels aller Angaben aus der Union können wir uns über den Umfang der Erzeugung von Terpentingöl wie Harz kein richtiges Bild machen, solche Angaben sind aber auch in England anscheinend nur wenig oder überhaupt nicht bekannt, zu welchem Zweck, läßt sich leicht erklären. Die Haltung der Neutralen zu den Vorgängen an den amerikanischen und englischen Märkten spricht auch gerade nicht dafür, daß die Preise bald wesentlich nachgeben werden. In England lagen die Preise für Terpentingöl auch in den letzten Tagen erneut höher, obwohl die großen Zufuhren der letzten Zeit weit eher nachgiebigere Haltung der Verkäufer hätten erwarten lassen. Die jetzigen Preise in Nordamerika in Verbindung mit dem ungünstigen Stande unserer Valuta schieben den Beginn der Wiedereinfuhr von Terpentingöl und Harz zunächst weiter hinaus. Was von den beiden Erzeugnissen in der letzten Zeit nach Deutschland hereingekommen ist, kann nach den vorliegenden Angeboten und darin genannten Preisen nicht viel gewesen sein. Es fehlt gegenwärtig jeder Anhalt darüber, wann wir mit der Einfuhr solcher Mengen rechnen können, welche unserem regelmäßigen Bedarf aus der Friedenszeit ungefähr entsprechen. Der Verbrauch von Terpentingöl und Harz in der Union hat in der letzten Zeit gut zugenommen, nachdem die Vorräte der Verbraucher allmählich zurückgegangen sind. Die Nachfrage der Neutralen war vor einiger Zeit lebhaft, als die Preise wesentlich günstiger lagen. Inzwischen hat sie jedoch erheblich nachgelassen. Die gegenwärtige Lage des Weltmarktes ist rein spekulativ. Die Preise entsprechen nicht dem Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage oder Verbrauch, obwohl es nicht ausgeschlossen ist, daß sie gelegentlich über ihren bisherigen Höchststand noch hinausgehen werden. Der Preis für

Terpentinöl stieg in New York in den ersten Tagen des Berichtsabschnittes bis auf 180 Cents, in Savannah auf 171 $\frac{1}{4}$ Cents für die Gallone, in wenigen Tagen trat dann jedoch ein erheblicher Preisturz ein, von dem der Markt sich inzwischen aber wieder gut erholte. Seitdem waren größere Schwankungen die Regel, und wir neigen der Ansicht zu, daß erhebliche Steigerungen zunächst nicht, sondern eher weitere Ermäßigungen zu erwarten stehen. Wenn der englische und der holländische Markt gesättigt sind, wird man an beiden Stellen kaum große Lust verspüren, der Union in ihren Preisideen weiter zu folgen. In New York notierte Terpentinöl zum Schluß 169 und in Savannah 159 Cents für die Gallone. In England erlitt die Steigerung im allgemeinen keine Unterbrechung. In den ersten Tagen dieses Monats notierte der Londoner Markt für vorrästiges Terpentinöl 130 und Januar-Aprillieferung 133 sh. der Ztr. gegenüber 121 bis 123 sh. vor einem Monat. Unter Berücksichtigung des Anwachsens der Vorräte ist die Steigerung recht erheblich zu nennen. Der Harzmarkt in Nordamerika geriet während der Berichtsperiode gleichfalls in lebhaftere Bewegung, die Notierungen lagen erheblich höher als nach dem vorigen Bericht, vermochten sich jedoch nicht zu behaupten. Den höchsten Preis erreichte „F“-Harz in Savannah mit 18,30 Doll., eine Steigerung um 3 Doll., später ging der Preis jedoch auf etwa 17 Doll. zurück. Für Harz macht sich das Fehlen der Kriegsaufträge geltend. An den englischen Märkten war die Stimmung für Harz im großen und ganzen sehr fest, der Verkehr jedoch seit längerer Zeit unbedeutend. Die Ankünfte entsprachen nicht annähernd solchen von Terpentinöl, daher auch nicht die Abgaben. Die Umsätze erfolgten zu amtlichen Preisen. Amerikanisches N./W. W. stellte sich auf 60, französisches B/E auf 41 und F/G auf 41 sh. 6 d der Ztr. In der Aufwärtsbewegung für Schellack, wie sie nun schon seit Beendigung des Krieges anhält, ist von einem Stillstand im allgemeinen nichts zu sehen. Die Preise gingen während der Berichtsspanne wieder merklich höher. Der Preis für vorrästige T. N.-Ware stand am Londoner Markt Ende August auf etwa 465 bis 470, wogegen auf spätere Ankunft 15—20 sh. billiger verkauft wurde. Reines Terpentinöl aller Herkünfte war am inländischen Markt in mäßig großen Mengen angeboten. Durchweg wurden hierfür hohe Preise verlangt. Von einer Marktlage hierfür kann man unter den heutigen Verhältnissen natürlich kaum reden. Reines amerikanisches Terpentinöl kostete 17—20 M, schwedisches 12—15 M und norwegisches bis zu 9,75 M das kg ab Station. Bei Abnahme größerer Mengen tritt eine geringe Ermäßigung ein. Von Harz lag wenig Angebot vor. Der Preis für helles französisches betrug wie früher etwa 8—8,50 M das kg im besetzten Gebiet. Die Einfuhr aus dem Auslande in das besetzte Gebiet war in der letzten Zeit geringer. Die Freigabe der Einfuhr im allgemeinen ist bisher aus Gründen des schlechten Standes unserer Valuta nicht erfolgt und kann vorläufig auch wohl nicht in Frage kommen. Die Angebote auf Schellack mehrten sich in der letzten Zeit. Augenscheinlich sucht der englische Handel in zunehmendem Maße den deutschen Markt auf, so daß dort die Preise stiegen, hier aber allmählich nachgaben. Für Blatterschellack waren bei uns Preise von 44—48 M das kg genannt. Von Terpentinölersatz lag in der letzten Zeit weniger Angebot vor. Die starke Preissteigerung in Nordamerika muß die Aussichten auf Verbrauch von Ersatz im Laufe der Zeit sicher wesentlich verbessern. Für gute Mittelware forderte der Handel bis zu 450 M für 100 kg mit Faß ab Station. m.

Zur Lage der Zuckerindustrie (3./9. 1919). Der Ausblick in die Zukunft ist für die Zuckerindustrie recht trübe, aber wir sehen einstweilen kein Mittel, das die Gewähr wirklicher Besserung der Versorgung bietet, soehr nach einem solchen bisher auch gesucht worden ist. Wirkliche Besserung ist mit einem Schlage nicht zu erreichen. In allen wirtschaftlichen Kreisen besteht nur eine Meinung darüber, daß die Zwangswirtschaft tunlichst bald zu beseitigen ist, wenn dadurch nicht die Gefahr einer Übertreibung vorliegt. Eine solche liegt aber vor, wenn der Verkehr mit Zucker vom 1./10. ab, wie es vielfach gewünscht wird, jeder Aufsicht entkleidet würde. Die zu erwartende kleinere Rübenenernte läßt es zunächst fraglich erscheinen, ob die Rationierung im neuen Betriebsjahr in seitherigem Umfange überhaupt aufrechterhalten werden kann. Die erste Voraussetzung für die Beseitigung der Zwangswirtschaft ist aber das Vorhandensein solcher Mengen, daß wenigstens in etwas eine Gewähr dafür gegeben ist, daß der Bedarf der Allgemeinheit auch bis zu einer gewissen Höhe befriedigt werden kann, ohne befürchten zu müssen, daß die heutigen Schleichhandelspreise zu Normalpreisen werden. Über die Bewirtschaftung des Zuckers im Auslande besteht bis heute gerade noch keine Klarheit, obgleich wir natürlich nicht in der Lage sind, alle Meldungen aus dem Auslande auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Mit Recht wird die Beseitigung aller Kriegsgesellschaften gefordert, welche die Wiedererstehung der freien Wirtschaft hemmen. Aber können wir sie entbehren? Das ist die Frage. Eine Überwachung der Einfuhr ist nicht zu entbehren, um zu verhindern, daß der Wert der Papiermark und damit unser Kredit im Auslande noch weiter sinkt. Nur der schrittweise Abbau der Zwangswirtschaft kann uns aus der jetzigen Lage retten, wenn wir weiter verhindern wollen, daß durch Verteuerung der Lebenshaltung neuen Lohnforderungen Vorschub geleistet wird. Als ersten Schritt auf

diesem Wege zum Abbau der Zwangsbewirtschaftung des Zuckers sehen wir die Freigabe der Zuckerschnitzel im neuen Betriebsjahr an. Damit wäre für den Landwirt schon viel gewonnen. Wir wollen bei dieser Gelegenheit aber nicht unerwähnt lassen, daß beispielsweise England mit seiner weit besseren Versorgung, das unserer Meinung nach in der Lage sein müßte, alle Bedürfnisse zu befriedigen, die Rationierung von Butter bis heute noch nicht aufgehoben und für Ölsaatkuchen als Futtermittel erneut Höchstpreise festgesetzt und die Überwachung des Geschäftes mit solchen angeordnet hat. Für die Freigabe der Zuckerschnitzel sind nach unseren Informationen bei uns Aussichten vorhanden. Als weiteren Schritt auf dem Wege der Beseitigung der Zwangswirtschaft ist die Festsetzung ausreichender Zuckerpreise im neuen Betriebsjahr anzusehen, da bei den engen Interessen zwischen Zuckerindustrie und Landwirtschaft letzterer durch die Zuckerpreise ein gewisser Anhalt hinsichtlich des Rübenbaues im kommenden Jahr gegeben ist. Über die Festsetzung der Zuckerpreise verlautete bisher nichts. Bei der Freigabe der Zuckerschnitzel und der Festsetzung ausreichender Zuckerpreise handelt es sich um Abschlagszahlungen an Zuckerindustrie und Landwirtschaft, welche zur Ausdehnung des Anbaues von Zuckerrüben im nächsten Frühjahr alle Veranlassung geben dürften. Ob und inwieweit eine Heraufsetzung der Zuckerrübenpreise notwendig ist, müssen die Beratungen zwischen Regierung, Industrie und Landwirtschaft ergeben. Bisher haben wir noch immer die Erfahrung gemacht, daß Preiserhöhungen einzelner landwirtschaftlicher Erzeugnisse auf andere Erzeugnisse und benachbarte Gebiete zurückwirkten und das nächstliegende Ziel unserer Wirtschaft, Verbilligung unserer Erzeugung, um den Wettkampf mit dem Auslande besser führen zu können, immer mehr aus den Augen verschwinden ließen. Die Witterung war der Entwicklung der Zuckerrüben in den ersten Wochen des Berichtsabschnittes weniger günstig, in der zweiten Hälfte jedoch insofern befriedigender, als die Entwicklung des Zuckergehaltes gute Fortschritte machte, wogegen der Mangel an Feuchtigkeit das Wachstum ungünstig beeinflusste. Das Gewicht der Rüben entsprach im allgemeinen wohl nicht den Erwartungen, so daß überwiegend nur mit einer schwachen Mittelenernte gerechnet wird. Der Verkehr an den Rohzuckermärkten ist bis zur Eröffnung der neuen Betriebszeit auf dem toten Punkt angelangt, wie es stets um diese Jahreszeit der Fall ist. Von der Reichszuckerstelle wurden kleinere Restmengen verfügt, die für die geschäftliche Tätigkeit jedoch ganz ohne Belang waren. Über die erste Verteilung von Rohware der neuen Ernte verlautete bisher nichts, man rechnet jedoch auf deren Bekanntgabe in der dritten oder vierten Septemberwoche. Frühzeitige Versorgung der Raffinerien mit Rohware ist unter allen Umständen geboten, da Verkehrsstörungen im Herbst in einem Maße auftreten werden, wie wir sie seit Beginn des Krieges aller Voraussicht nach wohl noch nicht erlebt haben. Das Geschäft mit Verbrauchszucker hielt sich während der verflossenen vier Wochen im allgemeinen in engen Grenzen. Aus der weiterverarbeitenden Industrie lag ziemliche Nachfrage vor, der aber mit Rücksicht auf die den Raffinerien zum Teil fehlenden Vorräte nur in geringem Umfange entsprochen werden konnte. Wagenmangel hinderte vorübergehend die Ablieferungen, den Bedürfnissen der Kommunen konnte jedoch im großen und ganzen entsprochen werden. In Böhmen sind die Aussichten in diesem Jahr ziemlich günstig. Unter der Voraussetzung rechtzeitiger Beschaffung der nötigen Kohlen dürften für die Ausfuhr ansehnliche Posten zur Verfügung stehen. Gegenwärtig ist es jedoch noch sehr unbestimmt, wann die Verarbeitung der Rüben aufgenommen werden kann. Von den englischen Märkten wurde lebhafter Verkehr gemeldet, sonstige Veränderungen lagen nicht vor. In der dritten Augustwoche überschritten die in England vorhandenen Vorräte die des Vorjahres im Rohwert um etwa 27 000 t. Soweit die Berichte reichen, herrschte am amerikanischen Markt rege Nachfrage für europäische Rechnung, der aber nur zum Teil entsprochen wurde. Im Juli trat die Ausgleichsstelle in New York 150 000 t für Lieferung nach Europa ab, verhielt sich weiteren Kaufgeboten Europas gegenüber jedoch ablehnend. Der Vorrat am Weltmarkt wird etwa 2,5 Mill. t geringer geschätzt als im letzten Friedensjahr. p.

Alkoholpreise in Frankreich. Laut Verordnung des Finanzministers bleiben die Kaufbedingungen für den staatlich erzeugten Alkohol bis zum 30./9. 1919 dieselben wie vor dem 1./7. d. J. Die Verkaufspreise für die Industrie werden auf 350 Fr. für 1 hl bei 100° festgesetzt. Dieser Preis wird auf 200 Fr. ermäßigt, wenn der Alkohol zur Herstellung von höchstens 60gradigem Branntwein, der für die Ausfuhr bestimmt ist, dienen soll, und auf 155 Fr., wenn er selbst ausgeführt oder zur Herstellung von anderen Erzeugnissen als Branntwein für In- und Ausland gebraucht wird. Er unterliegt dann nur einer statistischen Abgabe von 25 ct. („Journal Officiel“ vom 24./8. 1919.) dn.

Einstellung der Ammoniakzufuhr nach Niederländisch-Indien. „Telegraaf“ vom 28./8. 1919 meldet: Die Zufuhr von schwefelsaurem Ammoniak aus Europa, Australien und Japan nach Indien wird eingestellt werden, so daß ein Mangel für die Zuckerpflanzung 1920 entsteht. Der Ammoniakpreis ist daher bereits auf 20 fl. prompte Lieferung je Sack gestiegen. („W. D. A.“)

Japans Farbenindustrie. Aus Japan wird ein allgemeines, zum Teil beträchtliches Anziehen der Preise für chemische Farben gemeldet; als Grund wird Verteuerung des Materials und Minderwertigkeit der von Amerika gelieferten Farben angegeben. Seit dem Waffenstillstande lauten die Berichte der japanischen Farbenfabriken zum erstenmal wieder hoffnungsvoller. („Japan Weekly Chronicle“ vom 26./8. 1919.) *on.*

Vom Welt-Zündholzmarkt. In der letzten Zeit haben sich in der britischen, schwedischen und japanischen Zündholzindustrie Veränderungen ergeben, die auf die Zündholzausfuhrverhältnisse ihre Rückwirkung äußern dürften. In England haben sich die drei bedeutendsten Zündholzfabriken zu einer neuen Gesellschaft unter der Firma „Maguire, Peterson u. Palmer“ zusammengeschlossen. Vickers Ltd. sind an dem neuen Konzern finanziell beteiligt und im Aufsichtsrat vertreten. In den Erithwerken ist eine Abteilung für den Bau von Zündholzmaschinen eingerichtet worden, die bisher fast ausschließlich von Deutschland und Österreich bezogen wurden. In der schwedischen Zündholzindustrie war die Lage sowohl hinsichtlich der Rohstoffzufuhr als auch in bezug auf den Absatz der fertigen Fabrikate ziemlich schwierig, weshalb der Betrieb der gesellschaftlichen Fabriken während des größten Teils des Jahres auf 3—4 Tage in der Woche eingeschränkt werden mußte, wobei indessen die Löhne auch für die ausgefallenen Tage bezahlt wurden. Wenngleich sich die Schwierigkeiten in der Rohstoffversorgung in letzter Zeit etwas verringert haben, so bleiben doch immer noch die hohen Frachten und ungünstigen Devisenkurse, die in hohem Maße den Absatz der Fabrikate erschweren. Hauptsächlich infolge der besseren Frachtverhältnisse ist es den Japanern während des Krieges gelungen, die schwedischen Zündhölzer aus ihren Hauptmärkten, Holländisch- und Britisch-Indien zu verdrängen. Doch hoffen die schwedischen Gesellschaften, in den kommenden Jahren diese Märkte wiederzuerobern, unter der Voraussetzung, daß die Reeder bereits sind, durch wettbewerbsfähige Frachtsätze diesen schwedischen Industriezweig zu unterstützen. („Frkf. Ztg.“) *ar.*

Kartelle, Syndikate, wirtschaftliche Verbände, Zwangswirtschaft, Monopole.

Ein belgischer Stahlverband (s. S. 542). „Algemeen Handelsblad“ vom 31./8. 1919 schreibt: Nach Mitteilung aus Brüssel ist der Plan einer Trustbildung der belgischen Eisenindustrie jetzt endgültig beiseite gelegt, weil verschiedene große Fabriken ihre Selbständigkeit in der Erzeugung nicht aufgeben wollen. Jetzt will man versuchen, ein belgisches Verkaufskartell nach dem Beispiel des deutschen Stahlverbandes mit Festsetzung der Verteilungsziffern und der Verkaufspreise zu bilden. Dieser Plan, dem auch internationale Absichten zugrunde liegen, wird leicht verwirklicht werden können. („W. D. A.“) *on.*

Der Geschäftsbericht 1918/19 des **Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats** führt über die Kohlenwirtschaft im besonderen an: Der Sommer 1918 brachte die letzte Anstrengung auf allen Gebieten. Sie wurde stark durch die Grippe beeinträchtigt, durch welche Förderung und Wagentstellung außerordentlich litten. Infolgedessen war es nicht möglich, die Bevorratung der wichtigsten Verbraucher (Eisenbahnen, Gasanstalten usw.) und der verkehrungünstigen Gebiete so durchzuführen, wie es im Einklang mit den Plänen des Reichskommissars für die Kohlenverteilung beabsichtigt war. Immerhin war eine gewisse Bevorratung eingetreten. Aber sie konnte wenig bedeuten gegenüber dem Zusammenbruch, den auch die Kohlenwirtschaft unmittelbar mit dem Umsturz im November erlitt. Die politische Unruhe im allgemeinen, die Schichtverkürzungen und eine Kette von großen und kleinen Ausständen ließen die Förderung nicht über zwei Drittel der vorherigen Förderung hinauskommen. Die gleichen Gründe und die Abgabe von Lokomotiven und Wagen an die Entente führten gleichzeitig die traurigsten Zustände im Eisenbahnwesen herbei. Das Berichtsjahr schloß mit den trübsten Aussichten. Eine weitere Verschlechterung der Zustände läßt für den kommenden Winter noch Schlimmeres befürchten als für den letzten, zumal Bestände nur in geringem Maße angesammelt werden konnten. Erschwerend fällt ins Gewicht, daß die Lieferungen auf Grund der uns durch den Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen demnächst einsetzen müssen (sie haben schon begonnen, trotzdem der Versailler Vertrag noch gar nicht ratifiziert ist, D. Red.). Wirtschaftlich litt der Bergbau schwer unter der unglücklichen Entwicklung. Nur mehrmalige erhebliche Kohlenpreiserhöhungen konnten den Zechen die nötigen Betriebsmittel zuführen, ohne doch die Belastung auszugleichen, die aus den sprunghaft erfolgenden Lohnerhöhungen und der Steigerung aller Preise bei einer gleichzeitig so stark verminderten Förderung entstand. Die Verteilung der Kohle lag nach wie vor in der Hand des Reichskommissars für die Kohlenverteilung, nach dessen Anordnungen wir unter den schwierigsten Umständen die Umstellung von der Kriegswirtschaft auf die ganz anderen Forderungen der Übergangszeit vorzunehmen hatten. Eine Erleichterung in der uns auferlegten Bindung ist nicht

eingetreten. Vielmehr brachte das Ende des Berichtsjahres am 23./3. 1919 das Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft, nach dem alle Kohlenerzeuger eines Bezirks zu Verbänden und diese zu einem Gesamtverband zusammengeschlossen werden. An der Verwaltung dieser Verbände sind Arbeitnehmervertreter zu beteiligen. Die Kohlenwirtschaft wird unter Oberaufsicht des Reichs von einem Reichskohlenrat geregelt, der sich aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Bergbaus, Verbrauchern und wissenschaftlichen Sachverständigen zusammensetzt. Wir werden also in einen „gemeinwirtschaftlichen“ Selbstverwaltungskörper eingegliedert. Die Stimmen, die sich gegen dieses Gesetz erhoben, die Warnungen vor den schlimmen Folgen für die Kohlenwirtschaft sind ungehört verhallt. Mit tiefer Sorge sehen wir in die Zukunft; wie wir von dem Tiefstand der Förderung für den nächsten Winter eine beispiellose Kohlennot erwarten, so sehen wir über der ganzen Zukunft der Kohlenwirtschaft die dunkeln Wolken einer Wirtschaftspolitik hängen, in deren Gedankengängen wenig oder gar kein Raum für die Auswirkung eines freien und selbstverantwortlichen Unternehmungsgeistes ist. *Wth.*

Aus Handel und Industrie des Auslandes.

Allgemeines.

Wirtschaftsabkommen mit Belgien. Wie „Italia“ vom 29./8. 1919 berichtet, wurde zwischen Italien und Belgien für die belgischen an Italien zu liefernden Kohlen ein Preis vereinbart, der sich billiger als für englische Kohlen stellt. Als Gegenleistung wird Italien an Belgien Lebensmittel, Zink, Blei, Schwefel und Marmor liefern, zu deren Transport die belgischen Eisenbahnwagen sowie die Tonnage, welche die Kohlen nach Italien bringt, Verwendung finden sollen. („W. D. A.“) *dn.*

Belgien. Der internationale Kongreß zum Schutze von Erfindungen und Patenten ist eröffnet worden. 15 Staaten sind darauf vertreten. Der Generalsekretär gab eine Darstellung über die rechtlichen Maßnahmen, die in bezug auf die vor dem Kriege bestehenden Patente ergriffen wurden. Er besprach eine große Anzahl von gesetzlichen Verträgen und Reglements, die als Kriegsnotwendigkeiten in den wichtigsten Ländern der ganzen Welt eingeführt werden sollten. Er hob die Notwendigkeit hervor, das Patentwesen international zu gestalten und ein internationales Bureau einzurichten, das die Erteilung von Patenten prüfen soll. („Köln. Ztg.“) *ar.*

Niederlande. Zur Förderung der Handelsbeziehungen zwischen Belgien und Holland wurde nach einer Mitteilung der „Independance Belge“ vom 23./8. 1919 im Haag ein belgisches Handelsbureau errichtet, das der belgischen Industrie alle Mitteilungen über Tariff Fragen, See- und Binnenschifffahrt, Frachten, Neugründungen und Liquidationen, Ausschreibungen von öffentlichen Werken usw. zugänglich machen wird. Außerdem plant das Bureau die Errichtung einer ständigen Musterausstellung im Haag. („N. D.“) *ar.*

Tschecho-slowakischer Staat. Handelsbeziehungen zu Frankreich. Die französische Gesellschaft für Ein- und Ausfuhr in den tschechischen Ländern mit dem Sitze in Chatillon sur Sèvres in Frankreich will Handelsbeziehungen mit Betrieben, die sich für chemische Erzeugnisse, Seife und Öl interessieren, anknüpfen. Vorzug wird bei kompensationsweiser Lieferung von Papier, Glas, Kohle, Hopfen, Zucker, Baumaterialien und Granaten gegeben. Die französische Gesellschaft nimmt tschecho-slowakische Kr. zum Pariser Tageskurs als Zahlung an. („Bohemia“ vom 3./8. 1919.) *ar.*

Bergbau und Hüttenwesen, Metalle.

Vereinigte Staaten. Geschäftsabschluß. Die United States Smelting, Refining and Mining Co. hat im zweiten Vierteljahr des laufenden Geschäftsjahres einen Reingewinn von 1 390 000 Doll. erzielt. Für das dritte Vierteljahr wird mit einer erheblichen Erhöhung des Betrages gerechnet. Der Silberpreis ist zwar mit 1,07 Doll. für die Unze ungefähr der gleiche geblieben wie im ersten Halbjahr, aber die Gesellschaft verarbeitet neuerdings 80 000 t Erz monatlich — gegen durchschnittlich 68 000 t bisher. Ferner ist der Preis für Blei kürzlich um 6 Cts. je lb. heraufgesetzt worden, was für das Unternehmen als einem der größten Bleierzeuger von außerordentlicher Bedeutung ist. Die Bleigewinnung im Jahre 1918 hatte 96,5 Mill. lbs. betragen. Auch die großen im Staate Utah belegenen Kohlengruben der Gesellschaft dürften bei den steigenden Kohlenpreisen zur Erhöhung des Reingewinnes beitragen. („Nachrichten“ 46, 1919.) *ar.*

China. Niederlassungen der Standard Oil Company am Han-Fluß. Die Standard Oil Company breitet sich längs des Han-Flusses aus. In Hsuentaotschen, Jokou und Anlu werden Erdölbehälter errichtet; weitere sind vorgesehen für Fantschöng und Lauhokou. Die Chinesen erwarten, daß diese Erleichterungen der Aufspeicherung niedrigere Preise zur Folge haben werden. („Millard's Review.“) *ar.*

England. Geschäftliche Änderung. Das Eisen- und Stahlwerk Cammell, Laird and Co. in Sheffield beabsichtigt nach einer Meldung der „Times“ vom 21./8., sich mit der Midland

Railway Carriage and Wagon Company, Ltd., Birmingham, zu verschmelzen. Die Firma Cammell, Laird and Co., Sheffield, wird die Mehrzahl des Stammaktienkapitals der Midland Railway and Wagon Company, Ltd., erwerben, deren Kapital zur Zeit aus 30 000 Stammaktien zu je 10 Pfd. Sterl. und 10 000 6% igen Vorzugsaktien zu je 10 Pfd. Sterl. besteht. Das Kapital der Firma Cammell, Laird and Co. besteht aus 400 000 Stammaktien zu je 5 Pfd. Sterl. Bei Übernahme der anderen Gesellschaft wäre eine Kapitalserhöhung von 750 000 Pfd. Sterl. erforderlich, wodurch das Stammaktienkapital der Firma Cammell, Laird and Co. auf 2 750 000 Pfd. Sterl. und das Gesamtkapital auf 74 Mill. Pfd. Sterl. erhöht würde. („Nachrichten“ 54, 1919.) *dn.*

Schweden. Die Verwendung flüssiger Luft als Sprengmittel wird im Bergbau zur Einführung gelangen. Wie „Svensk Handelstidning“ meldet, errichten die Gesellschaften Nitroglyzerin und Grängesbergolaget sieben Anlagen zur Gewinnung von flüssiger Luft, und zwar zunächst in Kiruna, Malmberget, Grängesberg, Gytörsund und Hagge bei Ludvika, von wo aus die verschiedenen Gruben versorgt werden sollen. Da es nicht möglich war, die hierfür erforderlichen Maschinen zu angemessenen Preisen in Schweden zu beschaffen, wurde die Lieferung an deutsche Fabriken vergeben. Die Errichtung sämtlicher Anlagen erfordert einen Kostenaufwand von etwa 1,5 Mill. Kr. („Rh.-W. Ztg.“) *Wth.*

Belgien. Wiederaufbau von Hochöfen. Die Hochöfen Senelle Maubeuge, Athus und Hatus Fourneaux de Saulnes werden durch Wiederherstellungsarbeiten, die nur zeitweilig durch die Arbeiterstreiks aufgehalten werden, wieder instand gesetzt sein, ihren Betrieb durchzuführen. („Agence Economique et Financière.“) *on.*

— **Neugründungen im Erzhandel.** Im belgischen Erzgeschäft hatten vor dem Weltkrieg deutsche Häuser eine führende Rolle. Auf ihre Tatkraft und ihren Unternehmungsgeist war im wesentlichen die starke Entwicklung zurückzuführen, die es vor dem Kriege genommen hat. Man scheint es jetzt verhindern zu wollen, daß Deutschland wieder Einfluß auf den belgischen Erzhandel gewinnt. Darauf deutet eine Reihe von Gründungen hin, die in der letzten Zeit vorgenommen wurden. So hatten wir gestern zu melden, daß die Société Générale de Belgique, sowie die Union Minière du Haut-Katanga mit 20 Mill. Fr. die Société Générale Metallurgique de Hoboken begründeten, welche die deutschen Interessen bei den Gesellschaften Overpelt und Lommel, ferner 3 Mill. Fr. Anteile der Société Générale des Minerais übernimmt. Diese letztere Gesellschaft ist ein ebenfalls neues belgisches Unternehmen, das, wie uns eine Meldung aus Luxemburg berichtet, ein Aktienkapital von 10 Mill. Fr. hat. Die neue Gesellschaft ist offenbar an die Stelle der Compagnie des Minerais getreten, die der Metallgesellschaft in Frankfurt a. M. nahestand, im Kriege aber unter Zwangsverwaltung gestellt und liquidiert wurde. Aus der Masse dieser liquidierenden Gesellschaft übernimmt offenbar das neue belgische Unternehmen Teile, um sie fortzuführen. Die Zukunft muß zeigen, ob die Ausschaltung deutschen Einflusses dem belgischen Erzhandel zum Heile gereichen wird oder nicht. *on.*

Chemische Industrie.

Australien. Ricinusöl ist in den letzten Jahren in wachsenden Mengen von einer Firma in Melbourne aus Samen extrahiert worden, die aus Indien und Java eingeführt waren. Die Aussichten des Anbaues von Ricinus in Australien lassen sich zur Zeit noch nicht übersehen, da man noch nicht weiß, welche Varietät sich am besten für den australischen Boden eignet. Man hofft aber, bald den australischen Farmern in dieser Hinsicht Rat erteilen zu können. — Die australische Erzeugung von **Leinsaatöl** belief sich 1913 auf nahezu 500 000 Gall. Heute beträgt sie etwa 2 1/2 Mill. Gall. jährlich. Während des Krieges war Australien völlig auf seine einheimischen Leinsaatölfabriken angewiesen. Zur Zeit wird von England Leinsaatöl zu sehr niedrigen Preisen angeboten, die weit unterhalb der gegenwärtigen Fabrikationskosten in Australien liegen. („Chem. Trade J.“ Nr. 1672.) *u.**

England. Geschäftsbericht. In einer Generalversammlung der British Dyestuffs Corporation am 26./8. 1919 wurde mitgeteilt, daß von den zur Zeichnung aufgelegten Aktien 3 276 000, also etwa zwei Drittel von 9900 Zeichnern, aus dem großen Publikum übernommen und der Rest durch 867 vom Übernahmssyndikat beigebrachte Zeichnungen gedeckt worden sei. Diesen Erfolg betrachtete man als sehr befriedigend, da die Zeichnungsperiode mit dem Kohlenbergarbeiterstreik in Yorkshire zusammengefallen und sich unmittelbar an die Zeichnungsperiode der Siegesanleihe (die bekanntlich aber einen Mißerfolg hatte) anschloß. Die Zahl der Aktionäre belaufe sich jetzt auf etwa 1200. Der Vorsitzende antwortete auf eine Frage nach „den Aussichten auf Eroberung des deutschen Handels“: „Alles spricht dafür, daß wir mit unseren modernen Anlagen und bei vollständigem und loyalem Zusammenarbeiten mit der englischen Textilindustrie den Bedarf der ganzen heimischen Industrie werden decken können; man darf auch annehmen, daß wir imstande sein werden, den Bedarf der bedeutenden Abnehmer im ganzen britischen Reich und besonders in Indien zu decken. Auf dem chinesischen und anderen Auslandsmärkten wird es natürlich einen lebhaften Wett-

bewerb geben, aber der Vorstand glaubt, daß die Gesellschaft auch dort erfolgreich gegen die Deutschen wird kämpfen können. Die Fabrik ist in vollem Betrieb, aber beträchtliche Erweiterungen sind zur Erhöhung der Erzeugung geplant. Die Höhe der Gründungskosten von 225 000 Pfd. Sterl. wurde von verschiedenen Seiten angegriffen, ebenso die Provision von 2 1/2% auf die zur Zeichnung aufgelegten 5 Mill. Pfd. Sterl. Aktien an das Übernahmssyndikat. Nach dem Geschäftsbericht waren vor dem 18./7. an voll bezahlten Aktien ausgegeben:

- | | |
|--|-----------------------|
| a) für Aktien der British Dyes und Levinstein Ltd. | |
| 756 481 7% ige Vorzugsaktien | } zu je 1 Pfd. Sterl. |
| 727 281 bevorrechtigte Stammaktien | |
| 980 044 gewöhnliche Stammaktien | |
| b) für die Regierung gegen bar | |
| 850 000 Vorzugsaktien | |
| 850 000 bevorrechtigte Stammaktien | |

(„Fin. Times“ vom 27./8. 1919.)

*Ec.**

— **Neugründungen.** Unter Beteiligung verschiedener Stahlwerke wie Steel Peech und Towzer Ltd., Partington Iron & Steel Co. Ltd., Dorman Long & Co., Baldwin Ltd., Bolckon Vaughan & Co. usw. ist die British Magnesite Calcining Company mit einem Kapital von 100 000 Pfd. Sterl. in Pfundaktien für die Calciniierung, Brennung, Mahlung und Verpulverung von Magnesit, Chrom, Bauxit, Dolomit und anderem feuerfesten Material und zur Herstellung von Gegenständen daraus gegründet worden. — **Ajax Aniline Dye Manufacturing Company, Ltd.** mit einem Kapital von 50 000 Pfd. Sterl. („Financial Times“ vom 6./8. 1919.) *Ec.**

Niederlande. Chemische Industrie in Seeländisch-Flandern. In Sas van Gent (Seeländisch-Flandern) entwickelte sich die Industrie seit 1899 in starkem Maße. U. a. wurden errichtet: Eine Fabrik von Waschblau mit 40 Arbeitern, eine Spiegelglasfabrik mit 450 Arbeitern, eine kooperative Zuckerfabrik mit 430 Arbeitern, die „N. V. Suikerfabriek Sas van Gent“ mit 450 Arbeitern, eine Stärkefabrik mit 80 Arbeitern, eine Nikotinfabrik mit 12 Arbeitern, eine Flachsfabrik mit 60 Arbeitern und eine Maschinenfabrik mit 10 Monteuren. Die Erzeugung der Zuckerfabriken in Sas van Gent stieg von etwa 56 Mill. kg auf 200 Mill. kg. Endlich wurde eine Superphosphatfabrik schon vor dem Kriege gegründet, die aber erst jetzt im Herbst 1919 fertiggestellt werden wird. Sie besitzt die größte Schwebebahn Europas mit einer Länge von 14 km, die eine Kapazität von 850—1500 t je Tag besitzt. Die Fabrik wird mindestens 1500 Arbeiter beschäftigen. Die größte Zahl der Unternehmungen arbeitet mit belgischem und französischem Kapital und belgischen Arbeitern. *Od.*

— **Pfefferminzöl.** Auf Veranlassung der „Geneeskruistunen Walchern“ wurden von den Polakachen „Frutal“-Werken in Amersfoort in Holland gewachsene Pfefferminzblätter destilliert. Die Ausbeute war befriedigend (0,7—0,95%), Geschmack und Geruch des Öles ausgezeichnet. In rektifiziertem Zustand entsprach es den Anforderungen der Pharmacopoea Neerlandica. Es ist beabsichtigt, im Jahre 1919 zu einem ausgedehnteren Anbau von Pfefferminz überzugehen. („Chem. & Drugg.“ vom 5./7. 1919.) *u.**

— **Geschäftsberichte.** Die N. V. Exploitatie Maatschappij voor Eiwitproducten, die 1917 als Tochtergesellschaft der N. V. Maatschappij tot Exploitatie van Cacao- en Chocoladefabrieken v. Erven Caspar Flick mit einem Kapital von 500 000 fl., wovon 300 000 fl. eingezahlt sind, gegründet wurde, verwendet eine Erfindung, die es ermöglicht, aus eiweißhaltigen Rohstoffen in vorteilhafter Weise pflanzliches Eiweiß zu gewinnen. Sie verkauft Nahrungsmittel mit hohem Nährwert und entsprechendem Eiweißgehalt, die Herstellung steht unter der Kontrolle hervorragender medizinischer und chemischer Sachverständiger. Die bedeutenden Gewinne des Unternehmens, das mit einem Riesensklameaufwand beim holländischen Publikum eingeführt wurde, haben es ermöglicht, die sehr hohen Sklame- und sonstigen Einführungskosten schon im ersten Geschäftsjahre völlig abzuschreiben. Die Firma erwartet von der bevorstehenden Möglichkeit, ihre Erzeugnisse ins Ausland auszuführen, eine erhebliche Erweiterung und Vergrößerung ihres Absatzes. Sie wird in nächster Zeit mit ihrem Betriebe in die früheren Gebäude der Deli Brouwerij an der Weesperzijde in Amsterdam übersiedeln, die im Winter 1918 von der N. V. Maatschappij tot Exploitatie van Cacao- en Chocoladefabrieken v. Erven Caspar Flick käuflich erworben wurden. — Die N. V. Verflossstoffenfabriek Holland v. Dr. Remmert en Co. in Apeldoorn wurde 1914 von dem Chemiker Dr. Remmert am Apeldoornschen Kanaal errichtet. Sie stellt vornehmlich trockene Farben (Berlinerblau, Pariserblau, Stahlblau, Chromgelb, Chromgrün, Zinkgelb, Zinkgrün, Kalkgrün), auch für lithographische Zwecke, und organische Farblacke in vielen Abstufungen her. Die ersten Kriegsjahre waren für den Betrieb recht vorteilhaft, infolge der Blockade mußte jedoch später ein erheblicher Teil des Unternehmens stark eingeschränkt werden. Die Leitung der Fabrik, bestehend aus dem Direktor Dr. Remmert, Direktor H. Ch. M. Pernis und dem technischen Betriebsleiter L. H. van Dijk, beurteilt die Zukunftsaussichten des Unternehmens als glänzend. *Od.*

— **Kapitalerhöhung.** Die N. V. Nederlandsche Kunstzijdefabriek in Arnhem erhöhte ihr Aktienkapital von 1 000 000 fl. auf 2 500 000 fl. und gab außerdem eine Anleihe in Höhe von 1 500 000 fl. aus. Die Dividende der Gesellschaft stieg von 12% im Jahre 1916 auf 25% 1917 und 42½% 1918. Am 1./5. 1914 beschäftigte die Fabrik 212 Personen, am 1./5. 1918 nur 166, am 1./5. 1918 jedoch 448 Personen. Gegenwärtig sollen mehr als 700 Arbeiter und Arbeiterinnen in dieser Industrie Beschäftigung finden. Die neu zu errichtende Kunstseidefabrik der Firma „N. V. Hollandsche Kunstzijde Industrie“ soll, wie gemeldet wird, mehr als 2000 Personen Arbeit verschaffen. *Od.*

Verschiedene Industriezweige.

Niederlande. Die Margarineindustrie erholte sich im Laufe des zweiten Vierteljahrs 1919 in auffallender Weise sowohl infolge der aufgehobenen Rationierung als auch im Hinblick auf die Wiederbelebung der Ausfuhr ihrer Erzeugnisse. Sämtliche Margarinewerke, ausgenommen die Oosterhouter Fabrik hatten sehr reichlich zu tun und mehr Arbeit als im Vorjahr. Infolgedessen mußten verschiedene Betriebe zum Teil neues Personal einstellen (Rotterdam etwa 200 Mann, wovon zwei Drittel Jugendliche) oder — wie in Croningen, Oß und Rotterdam — Überstunden einführen. Auch die Nederlandsche Plantenbaterfabrik in Amsterdam hat infolge verbesserter Rohstoffzufuhr im Laufe des zweiten Quartals 1919 in allen Abteilungen den Betrieb mit vollem Personal im früheren Umfange wieder aufnehmen können. *Od.*

— **Zusammenschluß holländischer Zuckerfabriken.** Es wurde beschlossen, eine Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 30 Mill. fl. zu gründen. Außer der „Wester Suikerraffinaderij“ sollen an dieser Kombination noch die „Vereinigten Suikerfabrieken van Loon & Co.“ und „Hollandia Fabrieken“ beteiligt sein. Durch Einbringung der Fabriken sollen 22 Mill. fl. gezeichnet werden, während die restlichen 8 Mill. fl. erst später zur Ausgabe gelangen sollen. („Hansa-Kurier“ vom 19./8. 1919.) *u.*

Tschecho-slowakischer Staat. Neugründung. Mit dem Sitz in Lundenburg ist eine Aktiengesellschaft „Lundenburger Zuckerraffinerie“ gegründet worden. Das Aktienkapital beträgt 6 Mill. Kr. Die neue Gesellschaft soll die Leipnik-Lundenburger A.-G. übernehmen und ihre drei Zuckerfabriken in Lundenburg, Vsetug und Kwassik betreiben. Damit ist der Geschäftssitz der Leipnik-Lundenburger Zuckerfabriken von Deutsch-Österreich nach der Tschecho-Slowakei verlegt. („Neue Freie Presse“ vom 17./8. 1919.) *on.*

Soziale und Standesfragen, Unterricht und Forschung.

Forschungsinstitute.

Ein **Kaliforschungsinstitut** wird demnächst in Staßfurt im Gebäude des Kalisyndikats eingerichtet werden. Der Wirkungskreis des Instituts wird sämtliche Kaliwerke, Chlorkaliumfabriken usw. im Deutschen Reich umfassen und auf seinem Gebiet in ähnlicher Weise wirken, wie etwa die staatlichen Dampfkesselüberwachungsvereine. Bei Abteufungen von Schächten und bei Neuanlagen hat das Institut mit Rat und Tat einzugreifen, ferner hat es das Maschinenwesen und Erfindungen, soweit sie die Kaliindustrie betreffen, zu prüfen. Alle technischen und chemischen Berufe, die irgendwie mit der Kaliindustrie im Zusammenhang stehen, werden in dem Institut vertreten sein. Für jedes einzelne Spezialgebiet will das Ministerium anerkannte Fachleute als Mitarbeiter an die Anstalt berufen. *u.*

Arbeitgeber- und Arbeitnehmerfragen.

Chemiker- und Ingenieur-Tarif. Die Tarifverhandlungen in der chemischen Industrie Groß-Berlins haben am 4./9. zu einer Einigung der Verhandlungsausschüsse geführt, die von den abschließenden Verbänden noch zu bestätigen ist. Für Chemiker und Ingenieure mit abgeschlossener Hochschulbildung wurden vereinbart 500 M monatlich Mindestanfangsgehalt, 5 Zulagen zu 60 und 5 Zulagen zu 50 M bis 1050 M Mindestgehalt im elften Berufsjahr. Auskunft erteilt Bund angestellter Chemiker und Ingenieure, Berlin W. 35, Potsdamer Straße 36. *on.*

Angestelltentarifvertrag in der chemischen Industrie. Die zwischen dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie, Sektion 5a (Sachsen) und dem Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände gepflogenen Tarifverhandlungen sind zum Abschluß gelangt. Für den mit Rückwirkung ab 1./5. vereinbarten Tarif soll die allgemeine Verbindlichkeitserklärung beantragt werden. Der Tarif hat Geltung innerhalb des Stadtgebietes und der Amtshauptmannschaft Leipzig. („L. L. N.“) *on.*

Tagesrundschau.

Aufruf. Sehr groß ist die Not unter den Studierenden geworden. Der Krieg hat die wirtschaftliche Lage vieler derart verschlechtert, daß sie kaum oder nur unter den größten Opfern und Entbehrungen notdürftig ihr Studium zum Abschluß bringen können. Diesen muß geholfen werden. Zu diesem Zwecke hat der Allgemeine Studenten-Ausschuß der Technischen Hochschule München beschlossen, eine Unterstützungskasse zu gründen, deren Vermögen dazu bestimmt sein soll, Studierenden der höheren, in besonderen Fällen auch der jüngeren Semester, Darlehen zu verschaffen, deren Verzinsung und Amortisation erst nach Beendigung des Hochschulstudiums erfolgen soll. Um die Mittel zu diesem sozialen Werke aufzubringen, wenden wir uns heute an die Öffentlichkeit. Private, Industrielle, Bauunternehmer, Landwirte, die technischen und landwirtschaftlichen Verbände, kurz alle, welche an der Ausbildung tüchtiger Ingenieure und Landwirte Interesse haben, werden gebeten, nach Kräften beizutragen zu diesem sozialen Werke. Wir brauchen dringend Hilfe, soll unsere Arbeit von Erfolg sein. Darum säumt nicht, sondern spendet schnell und viel. Zuwendungen und Stiftungen wollen auf das Postscheckkonto München Nr. 17 743, Unterstützungskasse des Allgem. Studenten-Ausschusses der Technischen Hochschule München, einbezahlt werden. Nähere Auskunft erteilen jederzeit die Unterfertigten: Techn. Hochschule München: Reible, Eckert, Buchholz. *on.*

Um den britischen Fabrikanten Gelegenheit zu geben, sich mit den deutschen und österreichischen Reklamemethoden vertraut zu machen, hat das „Board of Trade“ über 9500 Arten Kataloge deutschen und österreichischen Ursprungs gesammelt, die für britische Fabrikanten zur Einsicht im „Departement of Overseas Trade“ bereit liegen. *u.*

Eine ständige Weltmesse in Paris. In Paris soll eine Riesen-Ausstellungshalle errichtet werden, in der Erzeuger und Käufer der ganzen Welt zusammengeführt werden sollen. Es soll eine ständige Welthandelsmesse abgehalten werden. Die Hauptbeteiligten sind amerikanische Fabrikanten und Erzeuger. („B. B. Z.“) *ar.*

Am 30./9. wird die Fa. Gebr. Kaempfe G. m. b. H., Chammottefabriken, Eisenberg S.-A., ihr 50 jähriges **Geschäftsjubiläum** feiern. *on.*

Personal- und Hochschulnachrichten.

Der Technischen Hochschule zu Braunschweig hat der Leiter der Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer & Co. in Leverkusen, Geh. Regierungsrat Dr. phil. Dr.-Ing. ehrenhalber Henry T. Böttinger zum Andenken an die Vollendung seines 70. Lebensjahres den Betrag von 20 000 Mark überwiesen, der den Grundstock einer Stiftung mit dem Zwecke der Förderung von Forschungsarbeiten auf chemischem und pharmazeutisch-chemischem Gebiete, über die dem Staate möglichen Aufwendungen hinaus bilden soll.

Es wurde ernannt: Professor Petavel, der an der Universität Manchester einen Lehrstuhl für Ingenieurwissenschaft inne hat und Direktor des dortigen Whitworth-Laboratoriums ist, zum Nachfolger des am 18./9. zurücktretenden Sir Richard Glazebrook in der Leitung der „physikalischen Reichsanstalt“, des National Physical Laboratory.

Personalnachrichten aus Handel und Industrie.

Zum Vorstandsmitgliede wurde gewählt: Direktor E. Penzlin, Berlin-Friedenau, bei der Fa. Breslauer Spiritfabrik, A.-G., Wandsbek-Hamburg.

Zu Geschäftsführern wurden bestellt: W. Franke, Dresden, bei der Fa. Fabrik chemischer und technischer Produkte „Enbeco“ G. m. b. H., Dresden; P. Hombach, Köln-Klettenberg, bei der Fa. „P. Hombach & Co. G. m. b. H.“, Köln; F. von Kamen, Boppard, bei der Chemischen Fabrik Eisendrath m. b. H. zu Mettmann; I. van der Walde, Danzig, und Rechtsanwalt Dr. Fr. J. Wurzel, Berlin, bei der Fa. „Holländer und Co. G. m. b. H.“, Danzig; M. Windbeuser, Bonn, bei der Fa. Chemisches Werk Concordia G. m. b. H., in Beuel.

Prokura wurde erteilt: O. Beyer, bei der Fa. Fritz Beerbaum Seifenfabrik in Schönebeck; H. Mühlporthe, Leopoldshall, bei der Fa. „Concordia, chemische Fabrik auf Aktien“ zu Leopoldshall; O. Siegel und H. Müller, Breslau, bei der Breslauer Spiritfabrik-Produkten-Abteilung G. m. b. H., Breslau; K. Wörwag jr., Zuffenhausen, bei der Fa. „Süddeutsche Lack- u. Farbenfabrik Karl Wörwag“ in Zuffenhausen; H. Wöste meier, Somborn, bei der Fa. Duisburger Lackfabrik Goldberg und Goebel, G. m. b. H., zu Duisburg.

Gestorben ist: A. Woltmann im Haag, Laboratoriumsvorstand von Van den Bergh's Fabriken.